

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.02.2023

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Finanzbeamtin verbrannte Steuererklärung der Klimastiftung**  
*Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 23.02.2023* ..... 3
- 2 | **1.800 Jobs in der Industrie in MV verloren**  
*Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 23.02.2023* ..... 4

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 23.02.2023 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

## Finanzbeamtin verbrannte Steuererklärung der Klimastiftung

### Politik-Magazin berichtet über neue Entwicklungen zur Stiftung / Finanzminister Geue unter Druck

**Stralsund.** Rund um die politisch umstrittene Klimastiftung zur Fertigstellung von Nord Stream 2 wird es immer ominöser: Laut Recherchen des Politik-Magazins „Cicero“ soll eine Beamtin eines Finanzamtes eine verloren geglaubte Steuererklärung in einem privaten Kamin verbrannt haben. Dies geht laut dem Magazin aus Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stralsund hervor, die von dem Finanzamt selbst veranlasst wurden.

Das für Schenkungen zuständige Finanzamt Ribnitz-Damgarten hätte ursprünglich klären sollen, ob für die als Zuwendungen des russischen Gaskonzerns Gazprom geflossenen 20 Millionen Euro an die Klimaschutzstiftung 2021 eine Schenkungssteuer notwendig geworden wäre. Finanzminister Heiko Geue (SPD) hatte im April 2022 im Landtag auf Nachfrage erklärt, dass diese nicht geflossen sei. Nun stellt sich offenbar heraus, dass die vorliegende Steuererklärung zu-

nächst in einem anderen Finanzamt abgegeben wurde und auch später in Ribnitz nicht auftauchte. Nach intensiver Suche wurde sie von der Finanzbeamtin doch aufgefunden und aus Sorge vor Konsequenzen oder wegen des öffentlichen Drucks von ihr verbrannt. Laut „Cicero“ schaltete die Beamtin später doch ihren Chef ein. Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke) wurde in Kenntnis gesetzt.

Dennoch bringt der Fall Finanzminister Geue als Dienstherrn in Bedrängnis und neue Brisanz in die Debatte um die Klimastiftung. Die wurde im Januar 2021 zum Fertigbau von Nord Stream 2 von Rot-Schwarz unter Manuela Schwesig (SPD) gegründet. Geue erklärte unserer Redaktion am Abend: „Die Stiftung hat vom zuständigen Finanzamt den Bescheid über die Zahlung der Schenkungssteuer erhalten. Es hat keine politische Einflussnahme auf die Bearbeiter im Finanzamt gegeben.“ *eska*

## 1.800 Jobs in der Industrie in MV verloren

*Das liegt vor allem an der Pleite eines Unternehmens. Die Corona-Pandemie hat ihr Übriges getan.*

**Schwerin.** In Mecklenburg-Vorpommerns Industrie sind im vergangenen Jahr fast 1800 Jobs verloren gegangen. Im Jahresdurchschnitt waren nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern 50 125 Menschen in den Unternehmen mit 50 und mehr Mitarbeitern tätig. Ein Jahr zuvor waren es 51 920 gewesen, wie das Amt gestern mitteilte. Der bisherige Höchststand an Beschäftigung in der MV-Industrie war 2020 mit 53 177 Beschäftigten erreicht worden. Der Umsatz lag mit 15,8 Milliarden Euro leicht über dem Niveau von 2021 mit 15,7 Milliarden Euro.

Ein Sprecher des Arbeitgeberverbandes VUMV (Vereinigung der Unternehmensverbände MV) führte den Jobverlust vor allem auf die Pleite der MV-Werften Anfang 2022 zurück. Außerdem habe es infolge der Corona-Pandemie „die eine oder andere“ Betriebsaufgabe gegeben, gerade im Einzelhandel und im touris-

tischen Bereich, sagte er. Die stark gestiegenen Energiekosten machten sich hingegen noch nicht bemerkbar. Trotz der verlorenen Jobs hat auch das Problem des Fachkräftemangels nicht abgenommen. Auf einer Fachkräftekonferenz Ost wollen daher die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer am kommenden Montag in Schwerin mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsagenturen beraten, wie der Berufsnachwuchs gesichert und die Potenziale am Arbeitsmarkt besser genutzt werden können.

Wie MVs Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gestern mitteilte, werden zu dem Treffen auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, und der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), erwartet.